geht, sondern beide Eine neubelebte, evangelische christliche Kirche im Geiste ihres heiligen Stifter's werden"; doch wollte der König sie nicht aufdrängen und nicht „in dieser Angelegenheit etwas verfügen und bestimmen". Auch ein Ministerialerlaß vom 2. Mai 1826 erklärte, die Annahme der Union sei keineswegs als eine Confessionsveränderung anzusehen. Die Berliner Synode unter dem Vorsitze Schleiermachers einigte sich zu einer gemeinsamen Abendmahlsfeier für den 30. October mit einem mittlern Ritus nach dem Vorbild der Brüdergemeinde (Brodbrechen und referirende Spendebettel: Christus, unser Herr, sprach: Nehmet hin und esset u. s. w.) und erließ am 29. October eine „Amtliche Erklärung", in welcher die Union als eine bloße kirchliche Friedensstiftung bezeichnet wurde, innerhalb welcher die Lehrverschiedenheit bleiben sollte. Durch die Abendmahlsfeier des Königs und des Hofes am 31. October in der Hofkirche zu Potsdam nach unirtem Ritus wurde die Union besiegelt. Der ursprüngliche Plan, daß am Tage darauf eine Abendmahlsfeier nach confessionellen Riten stattfinden sollte, wurde auf Eylers Vorstellung, daß dadurch von vornherein in das Werk der Union ein Schisma und der Hader der alten Trennung hineingetragen werde, wieder aufgegeben.

Auch außerhalb Preußens schritt man zur Union. In Sachsen-Weimar (1818), Hildburghausen und Würtemberg (1823) nahm man die wenigen Reformirten in die lutherische Landeskirche auf. In Nassau (schon am 6. August 1817), in Kurhessen (1818), Waldeck (1818), Anhalt-Bernburg (1820) und Dessau (1827) wurden gegenseitige Abendmahls- und Kirchenregiments-Gemeinschaft proclamirt. In Rheinbayern (1818; vgl. H. E. Paulus, Die unirtete Kirche in der bayerischen Pfalz, Heidelberg 1840), Baden (1821), Hessen (1833) schloß man wirkliche, verschiedene formulirte Lehren an (vgl. Mejer, Kirchenrecht, 2. Aufl., Göttingen 1856, 205 ff.; Jörg [i. u.] I, 179 ff.).

War aber auch, wie selbst der lutherische und später oppositionelle Scheibel (Gesch. der Union [i. u.] I, 122 f.) sagt, die Union in der Entwicklung Deutschlands genügend vorbereitet, da die Abendmahlslehre Luthers längst nicht mehr gelehrt und die der Zwingli's und Calvins überall mit Begierde aufgenommen sei, so erhoben sich doch Gegner. Der alte war Harms (i. d. Art.) in seinen Thesen, die folgte Ammon, Oberhofprediger in Dresden (Bittere Arznei für die Glaubensschwäche der Zeit, Hannover 1818); gegen beide trat Schleiermacher auf. Weitere Schriften für und wider folgten (z. B. Lütmann in Leipzig, Bretschneider in Gotha [der die preussische Union zu äußerlich fand und eine Schranke wünschte], von Eöln und David Schulz in Breslau, Schleiermacher). Nach dem Beispiele Badens sollte laut Cabinetsordre vom 4. October 1821 im J. 1822 eine gewählte Generalsynode präparirentreten, um eine Unionsurkunde zu entwerfen; da man jedoch schließlich befürchtete, durch

eine solche Synode werde dem Verlangen nach einer Repräsentativ-Verfassung auf staatlichem Gebiete verstärkte Nahrung gegeben, ließ man den Plan wieder fallen. War die Absicht des Königs 1817 schließlich nur ein Wunsch gewesen, da er meinte, die Union habe „nur dann einen wahren Werth, wenn weder Ueberredung noch Zwangsmittel an ihr Theil haben, wenn sie aus der Freiheit eigener Ueberzeugung rein hervorgeht", so ging man doch allmählig zu Maßregeln über, sie einzuführen. Dahin gehörte zunächst die neue vom König verfaßte Agende (i. d. Art. I, 334). Sodann griff man auf den von Schleiermacher 1804 gemachten Vorschlag der unterschiedslosen Anstellung der Prediger beider Confessionen zurück und erlaubte solche am 8. Mai 1821; die Candidaten des Predigtamtes mußten einen sog. Unionsrevers unterschreiben, in den später auch die Verpflichtung auf die Agende aufgenommen wurde. Ein Ministerial-Rescript vom 7. Juli 1821 verordnete, daß die Benennungen Protestant und Protestantisch durch den passendern Namen Evangelisch so viel als möglich ersetzt werden sollten. Dem Bedenken mehrerer Geistlichen, daß in ihren Gemeinden keine Reformirten seien, also auch kein Grund zur Einführung des Unionsritus vorliege, wurde 1824 erwidert, derselbe sollte in allen Gemeinden ohne Unterschied angenommen werden. Für die dritte Säcularfeier der Augsburger Confession (25. Juni 1830) erachtete es eine Cabinetsordre vom 4. April 1830 für angemessen, „an dieses erfreuliche Ereigniß die weiteren Schritte zu knüpfen, durch welche das heilsame Werk der Union . . . der Vollendung näher geführt werden kann". Des Nähern wurden die Generalsuperintendenten angewiesen, dahin zu wirken, daß bei der Feier des Abendmahls das Brechen des Brodes, welches als der symbolische Ausdruck des Beitritts zur Union zu betrachten sei, überall in Anwendung komme, und daß die Vertauschung der beiden Confessionsnamen in Evangelisch erfolge. Auch wurde bestimmt, daß bei Besetzung der Pfarrstellen die Confession nicht weiter zu berücksichtigen sei. Gegen diese Maßregeln erhob sich namentlich in Schlessien offene Opposition (i. d. Art. Lutheraner, separirte); die meisten Geistlichen aber fanden sich mit der Agende ab, so gut es ging.

Trotzdem eine Cabinetsordre vom 28. Februar 1834 aussprach, die Union bedeute und bezwecke kein Aufgeben des bisherigen Glaubensbekenntnisses, auch sei die Auctorität, welche die Bekenntnisschriften der beiden evangelischen Confessionen bisher gehabt, durch sie nicht aufgehoben, bestreift sich das Kirchenregiment, den Confessionsunterschied möglichst zu verwischen. Es fand Stütze an der sog. Vermittlungstheologie (i. d. Art. Protestantismus X, 514), den Schleiermacherianern und der sog. „gläubigen Theologie", welche auf Grund eines positiven Bibelglaubens zwischen den sogen. Lichtfreunden und den entschieden Confessionellen eine